

Wittgensteiner Zeitung

erschienen täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark.
Kontante: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Kredit: Bank f. d. G. m. b. H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 30 Pfg.
Kontakthaus Nr. 404 40 Amr. 2411

Nummer 288

Kernsprecher Nr. 2

Laasphe, Donnerstag den 10. Dezember 1931

56. Jahrgang

Was macht der Reichstag?

Fraktionsführungen. — Kommt es zur vorzeitigen Einberufung?

Berlin, 9. Dezember.

Als erste Reichstagsfraktion hat sich die Staatspartei mit der Notverordnung beschäftigt. Wie verlautet, ergaben die Beratungen im großen und ganzen eine Anerkennung der Notwendigkeit der neuen Maßnahmen. Gegenüber dem Vizekanzler wurde besonders betont, daß eine strikte Durchführung des Uniformverbotes der sogenannten Wehrverbände im ganzen Reichsgebiet verlangt werden müsse, insbesondere auch in den Ländern, in denen Nationalsozialisten an der Regierung beteiligt sind. Für Donnerstag hat die Wirtschaftspartei, für Freitag die Volkspartei eine Fraktionsführung anberaumt. Die Sozialdemokraten werden am Montag, das Zentrum und die Christl.-Soz. am Dienstag die Notverordnung beraten. Die Deutschnationalen versammeln sich sogar erst am Donnerstag der nächsten Woche.

Ehe die wichtigsten Fraktionen zur Notverordnung Stellung genommen haben, wird über die vorzeitige Einberufung des Reichstages keine Entscheidung fallen können. Praktisch kommt ein Zusammenritt des Reichstages, wenn es überhaupt zu einer vorzeitigen Einberufung kommt, nach der Auffassung führender Parlamentarier vor Weihnachten nicht mehr in Frage.

Zu den Bestimmungen der neuen Notverordnung über den politischen Bürgerfrieden wird in parlamentarischen Kreisen erklärt, daß sie nicht konkret genug gefaßt seien, als daß das wahrscheinlich erstrebte Ziel erreicht werden könnte. Da geschlossene Mitgliederversammlungen erlaubt seien, über die wiederum in den Zeitungen berichtet werden könnte, liege ein tatsächliches Verbot politischer Versammlungen eigentlich nicht vor.

Sozialdemokraten beim Kanzler.

Eine Aussprache über die Notverordnung.

Berlin, 10. Dezember.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte am Mittwoch nachmittag die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu sich gebeten, um ihnen einige ergänzende Mitteilungen über den Inhalt der neuen Notverordnung zu machen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird Donnerstag nachmittag zur Beratung der Notverordnung zusammentreten. Die Gesamtfraktion der Sozialdemokraten ist für Montag nachmittag 2 Uhr einberufen.

Zinsenkung

Beschluß der Banken und Sparkassen.

Berlin, 9. Dezember.

In Anbetracht des durch die Notverordnung gekennzeichneten Existenz der gegenwärtigen Wirtschaftslage und in dem Bestreben, die Notmaßnahmen der Regierung zur Gesundung der deutschen Wirtschaft soweit wie irgend möglich zu fördern und zu unterstützen, haben die Mitglieder der Vereinigung von Großbanken und Bankiers (Stempelervereinigung) im Einvernehmen mit den maßgebenden öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten des Reiches und der Länder sowie den maßgebenden auswärtigen Banken und Bankhäusern beschlossen, den Sollzinsfuß, der gegenwärtig 2 Prozent über dem Reichsbankdiskontsatz, d. h. 10 Prozent p. a. beträgt, auf 1 Prozent über den jeweiligen Reichsbankdiskontsatz zu senken.

In Zusammenhang mit den Maßnahmen der Reichsbank ist somit eine Senkung des Sollzinsfußes um volle 2 Prozent, also von 10 auf 8 Prozent erzielt.

Sogar Amerika!

Fehlbetrag im Staatshaushalt der Vereinigten Staaten.

Washington, 10. Dezember.

Präsident Hoover veranschlagt in seiner diesmaligen Kongressbotschaft den Fehlbetrag für das laufende Haushaltsjahr mit 2,122 und für das nächste Haushaltsjahr mit 1,417 Milliarden Dollar.

Ein im Gleichgewicht befindliches Budgets vorzulegen, sei unmöglich, wenn nicht der Kongress neue Steuerquellen erschließe. Es wird daher in Anlehnung an die Steuererhebung von 1924 eine auf zwei Jahre begrenzte Erhöhung der Steuern vorgeschlagen, wovon sich Hoover eine Verminderung des Defizits um den Betrag verspricht, der zur gezielten vorgeschriebenen Abtragung der öffentlichen Schuld erforderlich ist. In der Botschaft wird die Hoffnung ausgesprochen, daß bereits im Juni 1934 das Defizit beseitigt sein werde, während sich andererseits ohne derartige Steuermaßnahmen der Fehlbetrag der drei Jahre von Juni 1930 bis Juni 1933 auf etwa 4,442 Milliarden Dollar belaufen würde.

Brüning zur Notverordnung

Berlin, 9. Dezember.

In einer Pressebesprechung zur Notverordnung, die am Dienstagabend in der Reichskanzlei stattfand, nahm auch Reichskanzler Dr. Brüning das Wort. Er erklärte u. a.:

Es ist mir persönlich von Seiten der Presse in letzter Zeit der Vorwurf zu großer Zurückhaltung und zu großen Schweigens gemacht worden. Wenn das ein Hindernis für eine gegenseitige Verständigung sein sollte, dann bin ich bereit, die Schuld auf mich allein zu nehmen.

Die ganze Notverordnung ist ein absolut ineinander hängendes Ganzes, aus dem kein Teil herausgenommen werden kann. Das eine bedingt das andere. Das kann gar nicht anders sein, weil wir in diesem Augenblick, der uns auch weltmäßig der geeignete dafür zu sein scheint, den Schlussschritt ziehen müssen in einer uns aufgezwungenen und nicht gewollten Deflationspolitik. Dazu gehörte das Senken der Mieten, der Zinsen, der Preise, der Gehälter und der Löhne.

Wir haben uns in angestrengtester Arbeit seit langer Zeit im Stillen mit diesen Fragen beschäftigt und auch im Wirtschaftsbeirat sind sie eingehend behandelt worden. Einen anderen Ausweg, diesen Schlussschritt zu ziehen, die Zahlungssicherheit im Lande aufrecht zu erhalten, den Warenmarkt auf einer normalen Höhe zu halten, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, statt sie ins Ungemessene steigen zu lassen, gibt es unserer festen Überzeugung nach nicht.

Das Entscheidende ist, daß wir die Etats- und Kassensicherheit mit diesen Maßnahmen unter allen Umständen geschaffen haben.

Daß ist um so wichtiger und von der allergrößten Tragweite, als es in dem Augenblick erfolgt, in dem wir in die entscheidendsten und schwersten außenpolitischen Verhandlungen hineingehen. Wir haben früher einmal Verhandlungen geführt, bei denen wir keine Rückenbedeckung nach der finanziellen Seite hin in der Heimat hatten. Ich mit meinen Kollegen glaube, in dieser entscheidenden geschichtlichen Stunde, trotz aller harten Maßnahmen, nicht die Verantwortung für diese außenpolitischen Verhandlungen auf mich nehmen zu können, bevor Rasse und Etat in Reich, Ländern und Gemeinden für die nächsten Monate der Verhandlungen absolut gesichert sind. Das schafft uns außerdem ein ganz anderes Sprungbrett für diese Verhandlungen.

Es ist jetzt der Augenblick gekommen, wo durch intensives Durchleuchten unseres Haushalts es dem Ausland nicht mehr möglich macht, Kritik an unserer öffentlichen Finanzgebarung zu üben. Wir haben den Reichshaushalt auf ein solches Minimum komprimiert, daß er, wenn man die Lasten für die Kriegsbeschädigten abzieht, den Vergleich mit den niedrigen Ausgaben der Vorkriegszeit außerordentlich gut ausfallen kann.

Mögen Sie zu diesem Programm stehen wie Sie wollen und auch Kritik an den Einzelheiten üben: Ich bitte Sie nur um eines: Denken Sie daran, daß dieses Programm der Aufmarsch für die internationalen Verhandlungen ist und seien Sie sich bei aller Kritik auch Ihrer Verantwortung in dieser schweren Stunde Deutschlands bewußt!

Brüning im Rundfunk.

Dienstagabend sprach Reichskanzler Brüning über die neue Notverordnung. Die zu treffenden Maßnahmen, so führte er aus, seien bedingt durch die Lage der Weltwirtschaft und des Kapitalmarktes. — Nachdem der Kanzler darauf hingewiesen hatte, daß großzügige Lösungen gefunden werden müssen, erklärte er:

Ich richte noch einmal den dringendsten Appell an alle beteiligten Regierungen, dafür zu sorgen, daß die oft und von allen Seiten verkündeten Grundzüge verständnisvollen und solidarischen Zusammenwirkens sich jetzt endlich in letzter Stunde in die Tat umsetzen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich der Kanzler mit großer Schärfe gegen die Äußerungen Hitlers in den letzten Tagen.

Brüning und Hitler.

Der „Völkische Beobachter“ zur Rundfunkrede des Kanzlers.

München, 9. Dezember.

In einer Rundfunkrede zur neuen Notverordnung hatte der Reichskanzler sich scharf gegen die Nationalsozialisten ausgesprochen. Er hatte u. a. gesagt: „Die Reichsregierung duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige. Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge — notfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes — gegen alle eingesezt werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden stärkster Not den verfassungsmäßigen Gewalten in den Arm zu fallen.“

Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat,

so stehen in grellem Kontrast dazu die heftigen Beteuerungen, sich nicht weniger verantwortlich bietender Führer, die zum sinnlosen Bruderkampf und zu außenpolitischen Torheiten auffordern. Wenn man erklärt, daß man — auf legalen Wege zur Macht gekommen — die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität. Und sie ist es noch weniger, wenn zu gleicher Zeit im engeren Kreise Rachepläne verfaßt und vorgezogen werden. Dagegen wende ich mich als verantwortlicher Staatsmann auf das schärfste. Ich werde mich weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solchen Parteiverfälschungen entgegenstellen, das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen.“

Gegen diese Ausführungen wendet sich der „Völkische Beobachter“. Er spricht von einem offensichtlichen Vorstoß gegen die nationalsozialistische Freiheitsbewegung und ihre Führer, dessen Unbeherztheit und Maßlosigkeit erlaunten müsse. Daß dieser Vorstoß eine Antwort gewesen sei, auf die nie dagewesene Niederlage, welche das Kabinett Brüning durch den Sieg der nationalsozialistischen außenpolitischen Aktion in der Weltspannung erlitten habe, bedürfe wohl keiner besonderen Feststellung.

Die kommende nationale Regierung werde durch Anschwärzungsversuche weder inner- noch außenpolitisch gehemmt werden können. Wohl aber werde diese Rede Brüning dazu beitragen, seinen eigenen Fall zu beschleunigen. Durch die rein politischen Maßnahmen der neuen Notverordnung fühle sich die nationalsozialistische Bewegung nicht berührt. Das allgemeine Uniformverbot treffe in erster Linie das Sklare-Banner. Die Verschärfung gegen Waffennutzbrauch würde hoffentlich die roten Mörder in Schach halten.

Der nationalsozialistische „Angriff“ spricht von einem „Programm der Verzweiflung“. Solange man ohne Tributregelung in weitem Sinne mit einer so zusammengegrumpften Dede rechnen müsse, daß diese den Namen „Dede“ überhaupt nicht mehr verdiene, sei eine Arbeit an Sparmaßnahmen eigentlich ein Jonglieren im luftleeren Raum. Mit mechanischen Maßnahmen könne man das organische Werden in der Wirtschaft nachhaltig nicht beeinflussen. Die Notverordnung und alle Notverordnungen vorher seien bürokratische Maßnahmen, die am Leben vorbeigingen und schlimmer noch, Lebenswichtiges abschnitten. Aber nichts geschehe, um die Lebenskraft zu steigern.

„Weiter gegangen als Mussolini“.

Stegerwald zur neuen Notverordnung.

Münster i. W., 9. Dezember.

Auf einer großen Zentrumsversammlung erläuterte Reichsarbeitsminister Stegerwald Wesen und Ziele der neuen Notverordnung. Er erklärte dabei u. a.:

Herr Reichskanzler Dr. Brüning und ich haben mehrfach erklärt, daß wir jedes Programm ablehnen würden, das nur den Arbeitern, Angestellten und Beamten Opfer auferlegen würde. Dieses Versprechen haben wir gehalten.

Es ist durch die Reichsregierung nicht nur ein Eingriff in das Lohn-, sondern auch in das Preisgebäude erfolgt, und zwar in einem Ausmaß, wie das die Geschichte seines anderen modernen Großstaates kennt. Die Reichsregierung ist in vielfacher Hinsicht weitergegangen als vor Jahren Mussolini in Italien.

In den nächsten Jahren liege eine schwere Zeit vor uns. Öffentliche Luxusbauten würden nicht mehr entstehen, der Pfennig werde wieder zur Geltung kommen. Dank der Anlagen und der bestehenden technischen und natürlichen Kräfte Deutschlands sei jedoch, wenn die Europakonferenz nicht total verlasse, anzunehmen, daß in den nächsten Monaten die tiefste Talsohle der deutschen Krisis erreicht werde. Dann können und werden wir, so schloß der Minister, auf festem Boden aufwärts steigen.

Das Weltetho.

Stimmen zur Notverordnung und zur Brüningrede.

Berlin, 9. Dezember.

Die gesamte Presse des In- und Auslandes nimmt Stellung zur neuen Notverordnung und zur Rundfunkrede des Reichskanzlers. Von den Blättern der Reichshauptstadt stimmen die der Regierung sympathisch gegenüberstehenden Organe der Notverordnung als einer dringenden Notwendigkeit mit mehr oder minder deutlich ausgedrückten Bedenken zu. Die deutschnationalen Blätter sprechen von einem „Sprung ins Dunkle“ und von einer ungeheuren Verantwortung, die Brüning auf sich geladen habe. Ob der Kanzler in der Lage sei, auch nur parlamentarisch sein Werk durchzuführen, sei noch unsicher. Mit der scharfen Polemik gegen die Nationalsozialisten habe er bewußt sein parlamentarisches Schicksal wieder allein auf die Sozialdemokratie gestellt — sagt der „Berliner Lokalanzeiger“. Die kommunistischen Blätter predigen von einem „Generalangriff der Brüning-Diktatur gegen die Arbeiterklasse“.

In England nennt man die Notverordnung einen noch nie dagewesenen Eingriff in das Wirtschaftsleben Deutschlands.

Der Prozeß der Einschränkungen könne nicht mehr weitergetrieben werden. — Die französische Presse beschäftigt sich hauptsächlich mit der Reichsanzklage, die nach Ton und Auffassung Billigung findet. Allgemein bezeichnet man die Rede als eine ernste Warnung an die Anhänger Hitlers. — In Wien ist man einmütig in der Anerkennung und Bewunderung für den Kanzler, der das Magnis unternehme, die deutsche Wirtschaft durch diese einschneidenden Maßnahmen zu retten. Nur die Sozialdemokratische Arbeiterzeitung übt an der Notverordnung scharfe Kritik. — Die amerikanische Presse nennt die Notverordnung einen lehrreichen Schritt und hebt die Ankündigung des Reichsanzklägers hervor, daß er nötigenfalls Maßnahmen gegen Putschversuche treffen werde.

Die Baseler Konferenz.

Die Ausführungen des deutschen Vertreters. — Der Eindruck der Notverordnung.

Basel, 9. Dezember.

Der Beratende Sonderausschuß hat am Mittwoch unter dem Vorsitz des italienischen Professors Beneduce seine Erörterungen über die deutsche Wirtschafts- und Finanzlage fortgesetzt. Den Beratungen lag, wie man weiß, ein Bericht des deutschen Delegierten Dr. Melchior zugrunde. Er führte u. a. aus, daß die deutsche kurzfristige Auslandsverschuldung etwa 12 Milliarden Mark betrage. Die Deckung der deutschen Noten sei, wenn man die 630 Millionen Mark ausländischer Rediskontkredite abziehe, von 30 auf 12 Prozent gesunken!

In amerikanischen Kreisen verlautet, daß die deutsche Notverordnung bei der Mehrzahl der Mitglieder des Beratenden Sonderausschusses einen günstigen Eindruck gemacht habe. Man sieht darin einen weiteren Beweis für die Enschlossenheit der Regierung Brüning, die Dinge zu meistern, soweit es in ihren Kräften steht. Man hört weiter, daß die französischen Kreise sich dem allgemeinen Eindruck nicht anschließen und man dort in der Notverordnung in erster Linie ein Mittel erblickt, um dem Beratenden Sonderausschuß gegenüber eine Geste zu machen. Es ist bezeichnend, daß die Franzosen sich vorläufig mehr für den Teil der Maßnahmen interessieren, die sich auf die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung beziehen, und man erklärt in französischen Kreisen, es müsse sich erst zeigen, ob diese Maßnahmen wirksam und erfolgreich sein werden.

Frankreichs Pfundverluste.

Wie sie gedeckt werden sollen.

Paris, 9. Dezember.

Die Regierung hat die Begründung zu dem Gesetzentwurf zur Deckung der Pfundverluste der Bank von Frankreich dem Parlament übergeben. Darin wird erklärt, daß die Bank von Frankreich noch sehr große Mengen von ausländischen Devisen, namentlich englischen Pfunden besitze, die sie im Interesse der französischen Währung in der Zeit vom August 1926 bis Juli 1928 gekauft habe. Der Betrag der englischen Devisen, den die Bank von Frankreich gegenwärtig besitze, belaufe sich auf 42 Millionen Pfund Sterling, was beim gegenwärtigen Kurse des Pfundes einen Verlust von 2,5 Milliarden Franken ausmache. Für die Jahresbilanz der Bank von Frankreich, die am 24. Dezember erscheint, soll dieser Kursverlust durch Neueinschätzung der im Besitz der Bank von Frankreich befindlichen Pfunde zum Deckungskurs zur Abschreibung kommen.

Zur Deckung soll der Bank von Frankreich eine Schatzanweisung mit Fälligkeitstermin zum 31. Dezember 1945 (dem Zeitpunkt des Erlöscheins des Notenprivilegs der Bank von Frankreich) übergeben werden. Diese Schatzanweisung soll gegen verkaufsfähige Obligationen der autonomen Amortisationskasse umgewandelt werden können. Der Wert der Schatzanweisung soll alle halbe Jahre neu abgeschätzt werden, damit alle eventuellen Verluste in Pfunden ausgeglichen werden und die Rechnung erst endgültig abgeschlossen wird, wenn in England der Goldstandard wieder eingeführt ist. Die allmähliche Rückzahlung der Obligationen soll mit Hilfe des Gewinns aus der Prägung von Silbermünzen, mit Hilfe der einprozentigen Amortisationsquote des Budgets und mit Hilfe der Abgaben der Bank von Frankreich an den Staat gedeckt werden.

Die Goldwanderung.

Frankreich, Schweiz, Belgien und Holland sind die Nutznießer.

Berlin, 9. Dezember.

In den letzten Wochen hat der Goldreichtum der einzelnen Länder wieder starke Verschiebungen erfahren. Von den Ländern, von denen das Gold abwanderte, verloren seit Mitte September an Goldbeständen die Vereinigten Staaten für 650 Millionen Dollar (jetziger Goldstand 2826,7 Millionen Dollar), England für 72,6 Millionen Dollar (jetziger Goldstand 587,8 Millionen Dollar) und Deutschland für 64,5 Millionen Dollar (jetziger Stand 262,3 Millionen Dollar). Schweden verlor in der gleichen Zeit für 7,5 Millionen Dollar an Goldreserven. Norwegen für 4,5 Millionen Dollar und Dänemark für 2 Millionen Dollar.

Die Nutznießer dieser Wanderung waren Frankreich mit 353 Millionen Dollar Goldzugang, die Schweiz mit 189,9 Millionen Dollar Goldzugang, Belgien mit 129,5 Millionen Dollar Goldzugang und Holland mit 80 Millionen Dollar Goldzugang, ferner in kleinerem Umfang Italien, Dänzig und Litauen. Frankreich besitzt heute für 2649,2 Millionen Dollar an Goldreserven, die Schweiz für 424,4 Millionen Dollar, Belgien für 355,6 Millionen Dollar und Holland für 347,3 Millionen Dollar. Insgesamt ist in der erwähnten Zeit eine Goldmenge von 800 Millionen Dollar verschoben worden.

Eine schwere Ohrfeige.

Scharfe Entschließung der Polizeioffizier-Vereinigung zum Fall Lewitt.

Berlin, 9. Dezember.

Der Berliner Polizeimajor Lewitt ist bekanntlich strafweise nach Gleiwitz versetzt worden, weil er eine Leute

Aus der Heimat

Donnerstag, den 10. Dezember 1931

Kommt es zu einer Zusammenlegung der beiden Kreissparkassen?

Seit einiger Zeit zirkulieren Gerüchte, man wolle die beiden Sparkassen des Kreises Wittgenstein in Berleburg und Laasphe in der Leitung zusammenlegen. Die Anregung gab damals der bisherige Leiter der Berleburger Sparkasse, Rendant Petri, um die Verwaltungsgehefte beider, die Rentabilität der beiden, insbesondere der Berleburger Kasse, günstiger zu gestalten. Über die Angelegenheit wurde bereits verhandelt, aber noch einmal vertagt. Wie wir hören, soll der Rendant der Laasphe Kasse, Herr Bergmann, als verantwortlicher Leiter seinen Wohnsitz in Berleburg nehmen. Die hiesige Kasse soll als nebenständiges Institut nur als Annahmestelle geführt werden. Beamtenverlegung und teilweise Entlassungen werden die Folge sein. Welche ungünstigen Folgen diese Zusammenlegung, namentlich für den südlichen Kreis, insbesondere für die Stadt Laasphe haben würde, ahnt heute niemand. Wenn man sparen will, ist das an der verkehrten Stelle. Hat doch die Berleburger Kasse im letzten Geschäftsjahr noch einen erheblichen Verlust zu verzeichnen. Die traurigen Vorwissenisse dort sind noch lange nicht ausgeräumt. Viele Existenzen wurden deswegen dort vernichtet. Dieser Friede herrscht in der Berleburger Gegend im Wirtschaftsleben. Bei der Laasphe Kasse wurde immer noch ein ansehnlicher Gewinn erzielt. Die Bevölkerung im südlichen Teil unseres Kreises würde sehr durch die Zusammenlegung benachteiligt. Für die Stadt Laasphe würde das einen großen Verlust bedeuten, da nur wenige öffentliche Institute ihren Sitz hier haben. Man wird sich eines Tages nicht zu wundern brauchen, wenn das Kulturamt evtl. auch verlegt werden sollte. Stadt und Land wehre sich, damit nicht alles Tatsache wird.

Vom Schenken.

Es wird Zeit, an die Weihnachtseinkäufe zu denken, sich auf das Schenken zu begeben. Ja, sollen wir denn in dieser bittersten Zeit noch schenken? Sollen wir noch an andere denken, wenn es für uns selbst kaum reicht? Natürlich, erst recht! Unsere Zeit ist so arm geworden an Liebe, an Herzlichkeit, an Innerlichkeit, daß das unaufgeklärteste Geschenk Freude bereitet, die kleinste Überraschung die Feststimmung erhöht, die geringste Aufmerksamkeit als

die in der Bannmeile Obationen dem preußischen Ministerpräsidenten Brauer ausgebracht hatten, festnehmen ließ. Die Polizeioffizier-Vereinigung, in der 90 Prozent aller Polizeioffiziere zusammengeschlossen sind, hat nun in einer Entschließung, die dem preußischen Innenminister zugestellt wurde, zum Fall Lewitt Stellung genommen.

In dieser Resolution wendet sich die Polizeioffizier-Vereinigung gegen die bisherigen Maßnahmen gegen Lewitt und spricht ihr Bedauern darüber aus, daß durch eine solche Behandlung derartiger Fälle Unsicherheit bei der Ausübung des Polizeidienstes Platz greifen müßte. Das Vertrauen, so heißt es weiter in der Resolution, in die rein rechtliche Handlungsweise des preußischen Innenministers sei bereits durch die scharfen Maßnahmen gegen Polizeioffiziere wegen ihrer Beteiligung am Volksentscheid erschüttert und tiefe Gefahr, durch die Behandlung des Falles Lewitt gänzlich verloren zu gehen.

Zum Schluß heißt es, daß die Polizeioffiziere sich durch keinerlei persönliche Nachteile von der unparteiischen Ausführung der Gesetze abbringen lassen.

Politische Tageschau.

Das Kündigungsverhältnis der weiblichen verh. Beamten.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde über die Rechtsstellung der verheirateten weiblichen Beamten beraten. Annahme fand ein Antrag, der bestimmt, daß verheiratete weibliche Reichsbeamte jederzeit ihre Entlassung verlangen können und daß umgekehrt die vorgelegte Dienstbehörde die Entlassung verfügen kann, wenn nach ihrem Ermessen das Ausscheiden aus dienstlichen Gründen erforderlich ist und die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des Familieneinkommens gesichert erscheint. Die auf diese Weise ausscheidenden weiblichen Beamten sollen anstelle der Versorgungsbezüge eine Abfindungssumme erhalten. Die Länder, die Reichsbank und die Reichsbahn sollen ermächtigt werden, für ihre Beamten die gleiche Regelung zu treffen.

Aufnahme der Tätigkeit Dr. Gerdelaers.

Wie gemeldet wird, wird Oberbürgermeister Gerdelaer seine Tätigkeit als Preiskommissar bereits in den allernächsten Tagen beginnen. Er wird sie zunächst von Berlin aus ausüben. Es ist aber möglich, daß er sie später, wenn die erste und schwierigste Hauptarbeit getan ist, auch in Leipzig fortzuführen kann. Deshalb behält Dr. Gerdelaer auch seinen Posten als Leipziger Oberbürgermeister bei. Uebrigens ist Gerdelaer aus der Deutschen Nationalen Partei ausgetreten. Die deutsche nationale Pressestelle erklärt dazu, daß die grundsätzlich ablehnende Haltung der Partei zur Regierung Brüning den Austritt des Reichskommissars, der der Regierung seine Mitarbeit zur Verfügung stellt, zu einem Akt selbstverständlicher Loyalität macht.

Reichstagsabgeordneter Stöhr vom Schlaganfall getroffen.

Wie der „Börsen-Zeitung“ aus Nürnberg a. b. Saale meldet, hat der Reichstagsabgeordnete Stöhr während einer Versammlung einen leichten Schlaganfall erlitten. Es trat vorübergehende Sprachstörung und rechtsseitige Armlähmung ein. Lebensgefahr besteht nicht.

Der Finanzausschuß der französischen Kammer hat die Kredite für das Flottenbauprogramm 1932 in Höhe von 1192 Millionen angenommen.

In Rom ist der frühere Ministerpräsident Salandra, unter dem Italien in den Weltkrieg eintrat, gestorben.

Wohltat empfunden wird, wenn wir nur Liebe und Verständnis bei der Auswahl der Gaben mitbringen lassen. Noch eins: In den Schaufenstern, die jetzt im weihnachtlichen Schmucke glänzen, liegen unendlich viele Dinge. Sie alle fragen: Wer will mich? Sie fragen es leiser als sonst, nicht so selbstfischer, nicht so zuversichtlich, aber viel eindringlicher, als je. Hinter den Schaufenstern stehen hunderttausende von Menschen, die gearbeitet haben, entworfen, gemalt, geklebt, geschneit, genäht. Und wenn wir nicht kaufen, nicht schenken? Niemand hat heute Geld zum Verschleudern. Niemand wird Überflüssiges kaufen. Das praktische Geschenk, das solide, das wertbeständige wird in diesem Jahr den Vorzug haben. Aber es kommt nicht so sehr auf den Gegenstand an, den wir schenken, entscheidend ist die Gesinnung, aus der heraus wir Freude machen wollen. Schenken ist eine Kunst, die Takt verlangt, denn Geschenke sind immer Ausdruck von Empfindungen dem Beschenkten gegenüber. Heute muß die Gesinnung viel von dem ersehen, was an Wert den Geschenken abgeht. Die mit Liebe und Ueberlegung, mit Takt und Verständnis gespendete Gabe wird diesmal zu Weihnachten doppelt erfreuen, ganz unabhängig von ihrem Wert. Teurer Luxus wird fehlen, dafür sollen Herzenstakt und aufmerksame Liebe die erste Rolle spielen. Dann erleben wir auch diesmal schöne, wahre Weihnachten, trotz allem.

— Militärschulen und Militärmusiker dürfen gegen Entgelt spielen. Durch eine irrtümliche Mitteilung, die durch die Blätter ging, daß den Militärschulen oder Militärmusikern das Spielen gegen Entgelt untersagt sei, ist in weiten Kreisen Unsicherheit über die tatsächliche Lage entstanden. Zur Aufklärung der Deutlichkeit weisen wir deshalb darauf hin, daß die Bestimmungen über das Spielen der Heereskapellen und Militärmusiker sich nicht geändert haben. Wohl sind die Musik- bzw. Obermusikmeister gehalten, sich in vorkommenden Fällen mit den in Standorten bestehenden paritätischen Arbeitsausschüssen über die Aufträge an Militärmusiker zu einigen. Ein generelles Verbot besteht also nicht und ist auch nicht zu erwarten.

— Wie weit reicht die Sorgfaltspflicht hinsichtlich elektrischer Anlagen? Das Reichsgericht hat vor kurzem (11. 7. 31 — IX 138/31 —) eine interessante Entscheidung gefällt. Ein Nistreich, der das Abfallrohr einer Dachrinne freilegen sollte, kam mit dem blanken Draht der sogenannten Hausanschlusleitung des Elektrizitätswerks in Berührung und stürzte tot von der Leiter. In dem sich anschließenden Schadenersatzprozeß der Hinterbliebenen gegen das Elektrizitätswerk hatte das Oberlandesgericht zwar ein wesentliches Verschulden des Nistreichers festgestellt, das Elektrizitätswerk aber doch zum Teil berichtigt. Das Reichsgericht hat diese Entscheidung aufgehoben und die Klage in vollem Umfang abgewiesen. Das Elektrizitätswerk habe die Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker eingehalten, diese seien als eine überparteiliche Bearbeitung der auf dem Gebiet der Elektrizität geltenden Regeln der Technik anzusehen. Wer sie beachte, habe daher in der Regel die ihm obliegende Verkehrssorgfaltspflicht erfüllt. Daraus ist umgekehrt zu entnehmen, daß derjenige, der die VDG-Vorschriften außer acht läßt, dem Vorwurf der Fahrlässigkeit ausgesetzt ist. Dabei wird der Fall, dem die VDG-Vorschriften nicht bekannt sein können, allen Erfordernissen der Sorgfalt Genüge getan haben, wenn er die Herstellung seiner Anlage einem anerkannten Fachmann (Elektrizitäts- oder zugelassenen Installateur) überträgt; die Beschäftigung von sogenannten Schwarzarbeitern ist dagegen nicht unbedenklich und kann als Fahrlässigkeit angerechnet werden, wenn etwas mit der Anlage passiert. Zur Sorgfaltspflicht jedes einzelnen gehört aber auch die unbedingte Beseitigung offensichtlicher Mängel der Anlagen, wie z. B. defekter Schalenderosen, Leitungsschnüren mit defekter Isolation u. d.

— Arbeitsmarktbericht des Arbeitsamtes Dillenburg für die Zeit vom 15.—30. November 1931. In der Berichtszeit hat sich das Gesamtbild des Arbeitsmarktes nicht wesentlich verändert. Trotzdem 517 Neumeldungen erfolgten, hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden um 52 verringert. Dagegen ist die Zahl der Unterfertigten um 8 gestiegen. Der Stillstand ist vornehmlich auf die Wiedererwerbsmaßnahmen einer Erzgrube und auf den Beginn des Holzeinschlags zurückzuführen. Unterstützt werden insgesamt 4278 Personen, davon 1641 aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und 2637 aus Mitteln der Kreisfürsorge. Kurzarbeiter waren am Stichtage 1000 vorhanden. Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden belief sich am Ende der Berichtszeit auf 6133, darunter waren 1525 Wohlfahrtsunterstützte. Im einzelnen ist zu berichten: Die Holzfallerarbeiten haben nur zögernd eingesetzt. Wegen der Unsicherheit der Abgabeverhältnisse wird immer noch mit dem Einschlag zurückgehalten. Die Zahl der Arbeitsuchenden im Bergbau ist um über 100 zurückgegangen. Neben der Aufnahme der Erzförderung in einer heimischen Grube sind auch Abgänge nach dem Siegerland zu beobachten. Die Beschäftigung in der Steinindustrie und in den Glasfabriken ist im Rückgang begriffen. Verschiedene Betriebe haben bereits Entlassungen vorgenommen. Im Bauwesen haben die saisonmäßigen Entlassungen eingesetzt. Eine kleine Belebung brachten verschiedene Aufträge der Reichsbahn. Die Arbeiten gehen jedoch bereits ihrem Ende entgegen.

Wetterausichten für Freitag: Vorwiegend regnerisch und etwas kälter werdend.

Laasphe:

Die Viehzählung am 1. Dezember 1931 hatte in der Stadt Laasphe folgendes Ergebnis: Pferde: 25 (1930: 25), Rindvieh 456 (381), Schafe: 0 (0), Schweine: 256 (260), Ziegen: 156 (176), Federvieh: 2195 (2174), Bienenstöcke 18 (20). Bei gleichbleibender Anzahl der Pferde haben nur die Abteilungen Rindvieh und Federvieh einen Zuwachs zu verzeichnen, während alle übrigen Zweige der Landwirtschaft zurückgegangen sind. Auffallend ist, daß in Laasphe die Schafzucht, die nach dem Kriege hier einen starken Aufschwung genommen hatte, vollkommen aufgegeben worden ist. — In Berleburg erbrachte die Viehzählung laut Kreisblatt folgendes Ergebnis: Pferde: 59 (66), Rinder: 714 (683), Schafe: 3 (1), Schweine: 357 (373), Ziegen: 162 (175), Federvieh: 3932 (4056), Bienenstöcke: 73 (83). Mit Ausnahme der Abteilung Rinder sind, wenn man von der äußerst geringen Schafzucht als Zweig der Landwirtschaft abzieht, in Berleburg alle übrigen Zweige der Landwirtschaft zurückgegangen.

und Ver-
en lassen.
veihnacht-
inge. Sie
als sonst,
eindring-
hundert-
orten, ge-
ht kaufen,
schwenden.
ische Ge-
sem Jahr
auf den
die Ge-
n. Schen-
ente sind
en gegen-
en, was
Leber-
ab wird
abhängig
für sollen
e spielen.
hachten,
en gegen-
ich durch
Militär-
et, ist in
Lage ent-
wir des-
Spielen
geändert
eifer ge-
andorten
die Auf-
s Verbot
insichtlich
kurzem
scheibung
Dachrinne
enannten
erführung
liehenden
as Glet-
wesent-
as Glet-
Reichs-
Klage in
habe die
nister ein-
leitung der
Technik
die ihm
ist um-
Bestim-
lässigkeit
OG-Vor-
rissen der
erstellung
fritztats-
die Be-
dagegen
gerechnet
Sorgfalt-
erzählige
die 3. B.
ter So-
München
der Be-
tes nicht
erfolgten,
gert. Da-
gen. Der
ebnahme
lages zu-
Berfonen.
ung und
r waren
Arbeit-
auf 6133,
einzelnen
zögernd
e wird
Bahl der
egangen.
einmischen
zu Beob-
in den
ene Be-
m Bau-
ingelegt.
dage der
em Ende
egnerisch

* Die Gründung einer Ausgleichskasse, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, nach dem System Dinkel-Herpel, steht in unserer Stadt in aller Kürze bevor. In Wallau ist bekanntlich schon vor einigen Wochen eine solche Kasse gegründet worden. Auch hier in Laasphe ist für die genannte Genossenschaft sowohl bei Gewerbetreibenden als auch in Arbeiterkreisen großes Interesse vorhanden. Arbeitsbeschaffung ist die vornehmste und dringlichste Aufgabe der Ausgleichskasse.

** Feudingen. Der hiesige landwirtschaftliche Ortsverein hält morgen nachmittag 3 Uhr im Lokale des Gastwirts Heinrich eine Versammlung ab, in der Herr Tierzuchtinspektor Dr. Gramann-Erdiebrück einen Vortrag halten wird über: Fütterung wirtschaftseigener Futtermittel. Der Bedeutung des Vortrages wegen kann der Besuch dieser Versammlung nur empfohlen werden. Im übrigen berichten wir auf die Anzeiger im Inseratenteil dieser Nummer.

** Schwarzenau. Ein dreifacher Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zu Dienstag dieser Woche bei dem Schmiedemeister Strad verübt. Die Hausbewohner, die einer Klamborführung in einem nahegelegenen Lokal bewohnten, fanden bei ihrer Heimkehr Schränke und Schubladen erbrochen. Außer verschiedenen Wertgegenständen war ein Barbetrag von 30 RM. entwendet worden. Die sofort aufgenommenen polizeilichen Ermittlungen brachten leider noch kein Ergebnis. Da es aber keinem Zweifel unterliegt, daß die Einbrecher ortskundige, hiesige Personen sind, gelingt es hoffentlich, dieselben zu überführen. (Kreisbl.)

Aus Nah und Fern.

— Biedentopf. Wilddieberei im Hinterland. In den Wäldern um Biedentopf wird schon seit Jahren viel getilgt, jedoch der früher große Wildreichtum erheblich zurückgegangen ist. Einige Wilddiebe konnten bereits gefaßt und abgeurteilt werden. Jetzt standen wiederum zwei Einwohner aus Biedentopf, denen Wilddieberei zur Last gelegt wurde, in Marburg vor Gericht. Die Anklage war von einem der schon früher abgeurteilten Wilddiebe ergangen, der inzwischen von den Jagdpächtern als Jagdaufscher angestellt worden ist und Prämien für Feststellung von Wilddieben erhält. Auf eine desbezügliche Anfrage des Verteidigers der beiden Angeklagten antwortete der Staatsanwalt, daß sich frühere Wilddiebe später als Jagdaufscher oft sehr gut bewährten hätten. Den Angeklagten konnte die ihnen zur Last gelegte Wilddieberei nicht bewiesen werden. Einer derselben, in dessen Wohnung man ein ganzes Lager von Wildbessfrüchten, Munition usw. gefunden hatte, erhielt lediglich wegen verbotenen Waffenbesitzes 20 M. Geldstrafe.

— Dillenburg. Abbau des Realprogymnasiums. In einer kürzlich stattgefundenen großen Versammlung der Elternschaft des hiesigen Gymnasiums wurde Stellung zu der beabsichtigten Auflösung der Realabteilung des hiesigen Gymnasiums genommen und in einer Entschließung verlangt, daß die Regierung die Abstellung aus allgemeinen Gründen weiter bestehen lassen solle. Nunmehr ist eine Entscheidung in dieser Sache gefallen, die leider nicht den Erwartungen und Wünschen der Eltern und auch der Bewohner der Stadt entspricht. Der Minister hat sich bei voller Würdigung der von der Schule und dem Elternrat geltend gemachten Gründe nicht damit einverstanden erklären können, daß das dem hiesigen Gymnasium angegliederte Realgymnasium bestehen bleibt. Bei dem auffallend schwachen Besuch der realgymnasialen Klassen lasse sich in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage die Aufrechterhaltung dieser Abteilung nicht mehr rechtfertigen. Auch der im Anfang dieser Woche hier anwesend gewesene Deputierter unserer Anstalt aus dem Provinzialschulkollegium in Kassel hat Gelegenheit genommen, auf diese Tatsache hinzuweisen. Er hat zugleich mit dem Vorsitzenden des Elternrats, Herr Dr. Gehlert, die Frage der Abschaffung der allgemeinen Noten (im Betragen, Fleiß, Aufmerksamkeit) in den Zeugnissen, deren Wiedereinführung die Elternschaft in ihrer Eingabe als dringend erlöschend bezeichnet hatte, eingehend besprochen und diese Maßnahme der Schulaufsichtsbeförde dahingehend begründet, daß aus jugendpsychologischen Erwägungen an der Abschaffung dieser allgemeinen Urteile festgehalten werden müsse. — Damit dürfte das Schicksal der unteren Klassen besiegelt sein.

— Ami Koppel. Wie bekannt, hatte die Aufsicht der Rudertätigkeit bei der Amtsparkasse in Dahlbrunn den Konkurs der Firma Fritz Müller in der Winterbach zur Folge. Wenn es außer dem Revisionsbericht der amtlichen Stellen noch eines weiteren Beweises für die ununterstützte Geschäftsführung bei der Kasse bedurfte hätte, schreibt die Hildesheimer Zeitung, dann wäre dieser erbracht worden durch die gerichtliche Prüfung im Konkursverfahren. Wechselschulden in einer Höhe von 143 000 RM. stehen neben Kontokorrentschulden von 192 000 RM. Man darf die Vermutung aussprechen, daß es sich um ganz leichtsinnige Spekulationsgeschäfte handelt, die anscheinend von Müller und dem Sparassendirektor Müller, vielleicht auch noch im Verein mit anderen Leuten getätigt wurden. Doreft ist die Sache noch sehr mysteriös. Vergleich man mit der obigen Feststellung des Verhaltens des im Amtsberger Untersuchungsgefängnis sitzenden Exdirektors Müller, der seinen Verzicht auf Gehalt und Pension wertvoll und dazu noch mit Schadenersatzklagen drohte, so ergibt sich eindeutig die Antwort auf die Frage, was geschehen muß.

— Köln. Da war einer durch Zufall an eine Erbschaft von 2000 Mark gekommen und fuhr nun von seiner ländlichen Kasse zur Domstadt in der Absicht, dort Rat zu holen, wie man sein Kapital in dieser Zeit ständiger Krise so sicher anlegen könne, wie in Abrahams Schoß. Auf den Hinweis, zur Sparkasse zu gehen, ließ sich der „Schlauberger“ nicht ein, sondern bieberte sich bei zwei Polen an, mit denen er schließlich auch über seine persönlichen Verhältnisse sprach. Diese rieten ihm, Brillanten zu kaufen. Edelsteine behielten, wenn sie gut und rein sind, ihren Wert. Ja, die gefälligen Männer erklärten sich sogar bereit, ihm wirklich gute Steine zu besorgen, allerdings erst in später Stunde und in aller Heimlichkeit, damit keiner etwas merke und etwa gar die Steuerbehörde unterrichte. Mit den glühenden Steinen in der Tasche und ohne die zweitausend Mark ging der Landmann heim. Am anderen Tag mußte er sich von Zehrenten bestreiten lassen, daß er Glassteine erhalten hatte. Vergebens sah er das Verbrecheralbum bei der Kriminalpolizei durch. Die freundlichen Polen waren und blieben verschwinden.

Zwischen die Puffer geraten. Auf dem Schladensplatz des Ellenwerths Neunkirchen (Saar) geriet der 30 Jahre alte Arbeiter Weismann beim Anpöppeln eines Wagens an die Maschine zwischen die Puffer. Weismann wurde der Brustkorb vollkommen eingebrückt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Vom Orden Pour-le-Merite für Wissenschaft. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist nach dem Ableben des zweiten Vizelandes U. von Wilamowitz-Moellendorf von den Ritters des Ordens Pour-le-Merite für Wissenschaft und Kunst der Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Heinrich Lüders, derzeit Rektor der Universität Berlin, zum zweiten Vizelandes ernannt worden.

15-Jähriger erschießt seinen Vater. Ein 52 Jahre alter Bergmann hatte mit einer 6 Millimeter-Büchse Späßen geschossen. Als er aus dem Hausgarten zurückkam, stellte er die geladene Büchse in die Ecke der Stube. Sein 15 Jahre alter Sohn ergriff die Büchse und berührte den Hahn. Das Geschöß drang dem Vater in den Unterleib. Der Schwerverletzte verstarb bald darauf im Krankenhaus an innerer Verblutung. Der Sohn, der nicht gewußt hat, daß die Büchse geladen war, wurde in Haft genommen.

Wilderer erschossen. In der Nacht stieß in den Staatswaldungen des Forstamtes Garmisch eine aus zwei Mann Landespolizei und einem Forstbeamten bestehende Streife auf fünf Wilderer. Anstatt auf den erfolgten Anruf die Gewehre abzulegen, oder zu fliehen, sprangen die Wildschützen hinter Bäume und legten ihre Gewehre auf die Beamten an. Erst jetzt machten diese von der Schutzwaffe Gebrauch. Der verheiratete Tagelöhner Martin Bissel, Gemeinderat von Untergrainau wurde von einer Kugel tödlich getroffen.

Auto fährt in Schülergruppe. In Schwelm ereignete sich ein schweres Verkehrsunfall. Ein Kaufmann kam mit seinem Auto von Barmen und wollte nach Gensberg fahren. Als er eine ihm entgegenkommende Straßenbahn überholen wollte, fuhr er in eine Schülergruppe. Dabei wurde der Schüler Helmut Löwe getötet. Sein Bruder Werner und der Sohn des Bürgermeisters Rappold wurden schwer verletzt. Des weiteren wurden sieben Schüler mit mehr oder weniger schweren Verletzungen in das Krankenhaus gebracht.

Von der Transmission erfaßt und getötet. Die 28 Jahre alte Mühlenbesitzerstochter Therese Sax in Hörsfurth geriet, als sie abends in der Mühle noch etwas zu besorgen hatte, an die Transmission des Mühlenwerkes. Auf die Hilferufe des Mädchens eilten sofort die Angehörigen herbei, sie fanden aber die Bedauernswerte nur noch als Leiche vor. Der Unglücklichen war der Schädel völlig zerschmettert.

In einem Hering erstickt. Auf tragische Weise kam der 32 Jahre alte, ledige Waldmeister Wilhelm Grottmüller in Deggendorf ums Leben. Nachdem der junge Mann ein Stück von einem Hering abgeknabbert hatte, wollte er den Rest des Fisches auf einmal verschlucken. Der Hering blieb aber dem Mann im Halse stecken. Alle Bemühungen anwesender Freunde und der zur Hilfe gerufenen Sanitätskolonne, Rettung zu bringen, waren vergebens. Der junge Mann erstickte und bezahlte Spaß und Uebertum mit dem Leben.

Eine historische Marketenlerin gestorben. In Mex ist im Alter von 92 Jahren Frau Josephine Hult gestorben. Frau Hult hat im Kriege 1870-71, den sie als Marketenlerin mitmachte, eine gewisse Rolle gespielt, indem sie eine Mitteilung des Generals Bazaine an Gambetta durch die deutschen Linien schmuggelte. Die Mitteilung war in einer kleinen Kautschukröhre, die sie im Munde verbarg, untergebracht. Gambetta übergab ihr die Antwort. Aber ehe sie wieder in Mex eintraf, hatte Bazaine bereits kapituliert.

Ausgebiente Kriegsschiffe als Obdachlosenajal. Nach einer Meldung aus Stockholm will die schwedische Marineleitung einige ausgebiente Kriegsschiffe zur Unterbringung arbeits- und obdachloser Seeleute zur Verfügung stellen; zunächst sind auf dem alten Kreuzer „Nors“, der in einem der Wasserläufe bei Stockholm verankert ist, 300 Seeleute untergebracht.

Lenin-Statue als größtes Denkmal der Welt. Wie die sowjetamtliche Telegraphenagentur mitteilt, ist in Leningrad beschlossen worden, im Hafen eine Lenin-Statue zu errichten, die mit einer Höhe von 110 Metern das größte Denkmal der Welt werden soll.

Ellen Beinhorn fliegt nach Australien. Die bekannte Fliegerin Ellen Beinhorn ist auf dem Flugplatz in Konstantinopel gelandet. Sie gebietet, ihren Flug über Bagdad nach Australien fortzusetzen.

Ausweisung eines deutschen Studenten. Die Straßburger Polizei hat den deutschen Studenten Hans Hartmann ausgewiesen, der angeblich unter den Straßburger Studenten deutsche Propagandabroschüren verteilt haben soll. Man behauptet, daß Hartmann im Auftrage von Dr. Ernst, dem Herausgeber der Elsaß-Lothringischen Heimatsstimme gehandelt hat. (??)

Dr. Edener in England. Dr. Edener traf in Sheffield zu einem kurzen Besuch ein. Er wird die Luftschiffhallen bei Sowden und Carlington besichtigen. Dem Besuch soll insofern Bedeutung zukommen, als man glaubt, daß Dr. Edener die Möglichkeiten eines transatlantischen Luftschiffdienstes mit besonderer Berücksichtigung des Postverkehrs untersuchen werde. An einem der kommenden Tage wird Dr. Edener bei dem Luftfahrtminister Lord Londonderry und den Beamten des Luftfahrtministeriums vorsprechen und vielleicht auch eine Unterredung mit dem Premierminister haben.

Streitigkeiten in Spanien. Wie aus Gijon (Nordspanien) berichtet wird, hat ein Streit der Hafen- und Dockarbeiter zu einer Reihe von Zwischenfällen Anlaß gegeben. Mehrere Streikende sind festgenommen worden. Wegen versäumnisgeleiteter Geschäftsleiter ist Haftbefehl erlassen. Zwei Kompanien Infanterie von Oviedo sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Anmarsch.

Neuer Flugzeug-Schnelligkeitsrekord. Hauptmann Hawks legte in seinem Flugzeug die 728 Kilometer lange Strecke Cleveland (Ohio) — New York mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 411 Stundenkilometern zurück.

Drei Kinder beim Eislauf ertrunken.

Wien, 10. Dez. Bei Gmünd in Niederösterreich brachten sechs Kinder, die auf einem Teich Schlittschuh liefen, ein. Drei von ihnen wurden gerettet, drei sind ertrunken.

Flebermausstürme. Die große Bedeutung, die den Flebermäusen bei der Verteilung von Stechmücken usw. zukommt, hat man zuerst in Amerika erkannt. In Texas traten trotz idealer Moskitobrutplätze Malariafälle erst auf, als man den Flebermäusen nachstellte. Da Rotuntersuchungen ergaben, daß 90 Prozent der Flebermausnahrung aus Moskitos bestand, baute man in Texas große Flebermausfarmen, von denen ein einziger 500 000 Tiere beherbergen kann.

— Ein Napoleon soll gehoben werden. Expedition zur Bergung eines 20-Millionen-Schatzes. Ein englisches Syndikat ist gegründet worden, um einen napoleonischen Goldschatz im Werte von mindestens 20 Millionen Mark zu heben, der seit mehr als 133 Jahren auf dem Boden des Mittelmeeres ruht. Der Schatz befand sich seinerzeit auf dem französischen Flaggschiff „Orient“, das in der Seeschlacht von Abukir am 1. August 1798 von dem britischen Admiral Nelson versenkt wurde. Die „Orient“ war eins der Flaggschiffe der französischen Armada, mit der Napoleon seinen Traum eines französischen Imperiums im Osten, womöglich bis nach Indien, zu verwirklichen hoffte. Auf ihrer Fahrt nach Ägypten landete die Flotte das erste Mal auf der Insel Malta, die damals unter der Herrschaft der Malteser Ritter von Sankt John ein selbständiges Staatswesen war. Das gesamte Gold der Malteserritter auf Malta, alle die durch mühseligen Handel und kluge Seeräuberei gesammelten Schätze aus zehn Menschenaltern nahm der forische Eroberer auf seinem Flaggschiff „Orient“ mit sich. Als der Admiral Nelson mit seiner englischen Flotte die französischen Kriegsschiffe am 1. August in der Bucht von Abukir angriff, wurde mit den anderen Schiffen auch die „Orient“ vernichtet und ging unter. Und mit ihr das Gold der Malteser.

Verhaftung wegen Spionage.

Reichswehrangehöriger und Zivilisten unter Spionageverdacht.

Guben, 10. Dezember

Der Obergefreite Weß und der frühere Oberreiter Vorwerk vom Reiterregiment 10 in Jülichau sowie mehrere Einwohner des im Kreise Bomst gelegenen Dorfes Neufrenz sind wegen Verdachtes der Spionage zu Gunsten Polens verhaftet worden. Die hiesige Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung bereits abgeschlossen und das Material dem Oberreichsanwalt in Leipzig zugestellt.

Todesurteil.

Wegen Ermordung eines Chauffeurs.

Berlin, 9. Dezember.

Am Mittwoch fand die Gerichtsverhandlung gegen den 23jährigen Händler Johannes Kadelich statt, der den Kraftfahrersführer Bonigt auf einer Fahrt nach Fersch bei Potsdam erschossen hat, um ihn zu berauben.

Gemäß dem Antrag des Staatsanwalts verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Wettervorherlage für zehn Tage.

Eine bedeutungsvolle wissenschaftliche Errungenschaft.

Frankfurt a. M., 9. Dezember.

Die Staatliche Forschungsstelle für langfristige Wettervorherlage in Frankfurt a. M., die vor nunmehr zwei Jahren vom preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten geschaffen wurde, plant, im nächsten Jahre zum erstenmal mit langfristigen Witterungsvorherlagen an die Öffentlichkeit zu treten. Es sind Vorherlagen für einen Zeitraum von zehn Tagen in Aussicht genommen, die für Norddeutschland westlich der Oder und für Süddeutschland Geltung haben und durch Rundfunk verbreitet werden sollen. Zunächst kommen die Hochsommermonate Juli und August in Frage.

Im vergangenen Sommer und Frühherbst wurden einem kleinen Kreis von Universitätsprofessoren und Landwirten versuchsweise langfristige Vorherlagen gegeben. Von diesen Vorherlagen ist auch nicht eine einzige fehlgeschlagen. Für die Landwirtschaft besonders wichtig war die nach der Regenzeit vom 6. bis 21. Juli gegebene Vorherlage. Die betreffenden Landwirte versicherten, daß durch die Kuhnlegung aus dieser Vorherlage ihr Schaden um 50 Prozent geringer war als er ohne diese gewesen wäre.

Da der im Regierungsbezirk Wiesbaden entstandene Schaden amtlich auf 16 Millionen Mark geschätzt wird, hätte also allein in diesem Bezirk ein Schaden von acht Millionen Mark vermieden werden können, wenn der Forschungsstelle Mittel zur Verfügung gestanden hätten, um die Grundlegung der Vorherlagen so durchzuführen zu können, daß ihre Veröffentlichung hätte verantwortet werden können.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag den 11. Dezember, vormittags 10 Uhr werde ich in

Grundbesitz an Ort und Stelle, Sammler. Wirtschaft Strohma...

1 Schreibmaschine, 1 Kleiderschrank,

ca. 6 cbm Buchenholz, 26 Paar verschied. Schuhe,

anschließend 11.30 Uhr in Wirtschaft an Ort und Stelle, Sammler

2 Küferschweine,

anschließend mittags 12 Uhr in Schmeder an Ort und Stelle, Sammler

3 Rälber

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Berleburg, den 10. 12. 1931.

Rechen, Ober-Gerichtsbollsther.

Beim Nachfüllen von MAGGI-Würze verlangen Sie von Ihrem Händler auch

Es gibt für eine Flasche Nr. 0 1/2 Gutschein
Nr. 1 2x 1/2
Nr. 2 3x 1/2
Nr. 3 6x 1/2

MAGGI-Gutscheine!

Todesanzeige.

Heute Nacht 2 1/2 Uhr entschlief sanft unser Lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel,

der Landwirt

Ludwig Schmidt

im Alter von fast 78 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Erndtebrück u. Herford, den 9. Dez. 1931.

Die Beerdigung findet Samstag, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr statt.

Winterhilfe!

Lebensmittelsammlung.

Die für Monat Dezember 1931 gespendeten Lebensmittel werden am Dienstag, den 15. 12. 1931 von vorm. 10—12 und nachm. von 2—4 Uhr in der alten Schule, Wilhelmplatz, in Empfang genommen.

Laasphe, den 8. 12. 1931.

Der Ausschuss für die Winterhilfe.

Bekanntmachung.

Die Oberförsterei gibt auf Bestellung ab:

Rotbuchen, Weißbuchen und Eichenstämme an Gewerbetreibende; Eichenpfähle, Laubholz-Nutzrosen, Nadelbaumholz an Selbstverbraucher, Nadelholzstangen.

Die Bestellungen nehmen entgegen die Betriebsbeamten

Hegemeister Hattendorf, Feudingen

Better, Augustenhof

Förster Bernhausen, Hofbreitenbach

Unterförster Frank, Holzhausen.

Fürst Wittgenstein'sche Oberförsterei Feudingen zu Saßmannshausen.

Bekanntmachung.

Das auf Antrag des Kaufmanns Moritz Rosenbaum in Laasphe am 16. 11. 1931 eröffnete gerichtliche Vergleichsverfahren ist durch Beschluß vom 3. Dezember 1931 aufgehoben worden.

Laasphe, den 8. Dezember 1931.

Amtsgericht.

Mein Spezialkursus für Holz-, Marmor- u. Schriftmalerei

beginnt wieder Anfang Januar.

Näheres auf Anfrage bei

K. Kämmerer, Laasphe, Tel. 185

Dekorations-Malermeister.

Inh. d. gold. Medaille f. hervorragende Leistungen.

Landwirtschaftl. Ortsverein Feudingen.

Samstag den 12. ds. Mts., nachm. 3 Uhr findet im Lokale des Gastwirts Heinrich in Feudingen eine

Versammlung

Tagesordnung: Vortrag des Tierzuchtinspektors Dr. Gramann über: Fütterung wirtschaftseigener Futtermittel. Verschiedenes.

Alle Freunde und Gönner des Vereins werden hierzu eingeladen.

Weber, Vorsitzender.



A. Mittelmann, Laasphe



Zum Backen:

Weizenmehl	5 Pfund	88
Blütenmehl	"	24
Süße Mandeln	1/4 "	33
Haselnußkerne	1/4 "	25
Zitronat	1/4 "	25
Kokosraspeln	1/4 "	9
Zitronen	10 Stck.	58
Sultaninen	2 Pfund	95
Helle Sultaninen	"	60
Kokosfett, reines	3 "	95
Tafelbutter	"	138
Eier	10 Stck.	98
Condens. Milch	Dose	52
Neue Kalif. Pflaumen	2 Pfd.	55
Neue Kalif. Apfelringe	"	68
Süße Apfelsinen	5 Pfund	95
Weintrauben	Pfund	48
Barifeigen	"	58

Bestellungen auf Mastgänse für Weihnachten nehmen unsere Filialen entgegen.

Rheinisches Kaufhaus

Mitglieder-Versammlung

der Milchkontrollvereine des Kreises Wittgenstein am **Mittwoch, den 16. Dezember 1931, nachmittags 12 1/2 Uhr** im Patti'schen Saale in **Erndtebrück**.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Vortrag des Herrn Dr. Jürgens, Altenbündem: „Ist gemeinschaftl. Milchverwertung (Molkerei-Genossenschaft) im Kreise Wittgenstein zur Zeit empfehlenswert?“
3. Neuwahlen (Vorstand und Rechnungsprüfer).
4. Verschiedenes.

Der Vorsitzende:

Müller,
Landwirtschaftsrat.

Mitglieder-Versammlung

der Wittgensteiner Herdbuchgesellschaft am **Mittwoch, den 16. Dezember 1931, nachmittags 3 Uhr** im Patti'schen Saale in **Erndtebrück**.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Wahlen (Vorstand und Kontrollkommission).
4. Beiträge.
5. Haushaltsplan.
6. Verschiedenes.
7. Vortrag des Herrn Dr. Deckwitz, Münster: „Arbeit und Einrichtung der genossenschaftlichen Milchverwertung im Anschluß an bestehende Genossenschaften und die Lage auf den Viehmärkten.“

Der Vorsitzende:

Möhn.

Autofahrten

Fernruf 100.

Unsere neu errichtete Niederlage in Erndtebrück befindet sich in den Räumen der Erndtebrücker Holzwarenfabrik und Mahlmühle gegenüber dem Bahnhof.

Lagerverwalter ist Herr Ernst Wörster daselbst.

Deutsche Landw. Hauptgenossenschaft, Kornhaus Verleburg.

Telefon 130.

Märklin-Baukasten

Nr. 1a, 1, 2a u. 3a mit vollständigem Inhalt, tadellos erhalten, zu verkaufen, auch einzeln. Wo, sagt die Exp. der W. 3.

Biertreber

laufend abzugeben Scheffel 80 Pfg.

Branerei Bosch.

Anzeigen bringen Erfolg!

Steuerberatung Buchführung - Bilanzen

erledigt prompt bei billigster Berechnung

Hch. Unterderweide

Bücherrevisor, Wallau a. d. Lahn



Turnverein Laasphe

Heute Donnerstag den 10. 12., abends 8 Uhr findet im Vorraum der Turnhalle eine

Spielesitzung

statt. Das Erscheinen sämtlicher Spieler, auch die der 2. Mannschaft ist dringend erforderlich.

Der Spielwart.

Dämon Künstler

Roman von Magda Trott.

40 Nachdruck verboten. „Du könntest dem Manne nochmals gegenüberstehen, der auch dich vernichten will?“

Sie zuckte schmerzlich zusammen.

„Er liebt mich, liebt mich, wie ich ihn liebe. Und daß ich das alles vergessen muß, daß ich diese Liebe von mir stoßen muß, daß ich die meine gewaltsam zum Schweigen bringen soll, das geht vielleicht über meine Kraft. Und doch muß es geschehen. Du siehst, Wolf, ich bin ganz ruhig. Ich habe das Entsetzliche vernommen und in seiner ganzen Schwere erfaßt. Aber doch, doch, du wirst mich vielleicht verachten, — aber ich liebe ihn auch jetzt noch!“

„Hast du denn nicht begriffen, was jener Mann tat?“

„Ich habe dich wohl verstanden,“ gab sie mit vor Beherrschung zitternder Stimme zurück, „ich weiß, welch schweres Verbrechen er an unserem Vater und auch an dir beging. Und trotzdem —“

„Du könntest die Seine werden?“

„Nein,“ sagte sie leise, „das ist vorbei. Ich kann den Vater nicht ungeschädigt schmachten lassen, aber an dem Tage, da sie mir den Geliebten ins Gefängnis bringen, wird auch mein Herz vor Jammer brechen.“

„Aline, so wache doch auf aus deiner Betäubung. Wie kannst du jetzt noch ein herzliches Gefühl für diesen Schurken hegen, der uns ins Unglück brachte?“

„Wenn ich mir das Herz selbst aus dem Leibe reißen könnte, ich täte es, denn vielleicht muß ich mich dieses Gefühls schämen.“

„Er verachtet dich, will auch dich verderben.“

„Schilt ihn — weil er den Vater verbar. Schmähe ihn, weil er dich verderben wollte, aber sage nichts über seine Liebe. Ich weiß, sein Herz gehört mir, und diese Liebe ist das Wahre an ihm. Auch wenn er noch so tief in Sünde und Schuld steckt, diese Liebe hätte ihn veredelt, nun aber — nun ist es zu spät!“

„Wahrheit diese Liebe! Bist du wirklich noch so töricht, daß du die einzige in deinem Leben zu sein glaubst, der er Treue schwur, der er die zärtlichsten Worte zuflüsterte?“

„Ich kenne ihn, kenne ihn bis in die innersten Tiefen seiner Seele, weiß von den bösen Dämonen, die dort liegen, die sich von Zeit zu Zeit erheben und Unheil in das Leben mancher Familie bringen. Aber ich weiß auch, daß er sich jetzt einen heiligen Altar errichtet hat, einen Altar, an dessen reiner Glut alles Ueble in ihm geschmolzen wäre.“

„Und dein Vater?“

„Ihm wird Bernhard die Freiheit zurückgeben.“

„Heißeres Leben kam von Wolfs Lippen. „Glaubst du das? Glaubst du, daß dieser Mann, dessen Gewissen lange gestorben ist, sich selbst bezichtigt? Ins Ausland will er gehen, Triumphge will er feiern und wird die kleine Epijobe vergessen. — Das ist dein Verlobter! Ich werde ihm die Wäste vom Gesicht reißen, damit du ihn in seiner ganzen Erbärmlichkeit siehst.“

„Was willst du tun?“

„Noch heute dem Gericht den Sachverhalt mitteilen.“

Aline senkt schweigend den Kopf, ihr Antlitz war von Gram überschattet.

Sie kämpfte einen langen Kampf mit sich, da ihr namenlos davor graute, dem Manne wieder ins Auge zu sehen, der Not, Entbehrung und tiefstes Elend über sie gebracht, der sie dann durch seine große Liebe tausendfach entschädigt hatte, der aber doch eine schwere Schuld mit sich durchs Leben schleppte, die niemals zu vergeben war. Sie wußte genau, daß sie nicht eher wieder Ruhe finden werde, als bis sie aus seinem eigenen Munde die Bestätigung dessen gehört, was ihr der Bruder gesagt hatte.

(Fortsetzung folgt.)